



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Proteste weltweit: für die Rechte der Frauen!

Am internationalen Frauentag, sind Millionen Frauen – und auch Männer – auf die Straße gegangen, von Spanien über Istanbul bis Algerien, Kenia und Indien. In Spanien haben sechs Millionen Frauen gestreikt: Gegen Niedriglöhne und Teilzeitjobs, die vor allem Frauen treffen. Und gegen die verbreitete sexuelle Belästigung vor allem durch Chefs. In Brasilien sind viele tausend gegen den neuen rechten Präsidenten auf die Straße gegangen, der – wie Trump in den USA – offen frauenverachtend auftritt, Vergewaltigung als Kavaliersdelikt bezeichnet und damit regelrecht zur Gewalt gegen Frauen ermuntert!

Auch in Deutschland sind zum ersten Mal seit Jahren Zehntausende für die Rechte der Frauen auf die Straße gegangen. Selbst hier, in einem der reichsten Länder, wird die Lage der Frauen schlechter. Zwar werden Frauen Ministerin und Kanzlerin. Doch jede dritte Frau erlebt körperliche Gewalt, meist durch den Partner oder nahe Bekannte – während die Mittel für Frauenhäuser oder Beratungsstellen gekürzt werden.

Frauen sind von den Angriffen der Kapitalisten besonders stark betroffen. Bei ihnen wurden die meisten festen Vollzeit Arbeitsplätze und Tariflöhne zerstört. Vor zwanzig Jahren haben noch 70% der Frauen in Vollzeitjobs gearbeitet. Heute hingegen arbeiten fast 50% der Frauen in Teilzeit oder Minijobs.

Auch die extrem kurzfristig wechselnden oder auf morgens und abends verteilten Arbeitszeiten werden am häufigsten Frauen aufgezwungen: in Läden, Reinigungsfirmen oder ambulanten Pflegediensten... Ganz zu schweigen von denen, die zwei oder drei Minijobs an einem Tag machen.

Über 60% der Frauen verdienen weniger als 1.500 Euro netto im Monat. Kein Wunder, dass viele alleinerziehende Mütter in Armut leben. Kein Wunder, dass ganz besonders Frauen von den Armutsrenten betroffen sind.

In der Diskussion um die Grundrente hat die CDU-Spitze erklärt, Niedrigrenten wären für die meisten Frauen gar kein Problem, weil „der Ehemann ja genug Rente“ hätte. Die AfD findet gar, die meisten Alleinerziehenden wären an ihrer Armut selber schuld, weil sie aus „egoistischen“ Gründen ihren Mann verlassen hätten! Nach ihrer Logik sind nicht die Kapitalisten das Problem, die den Frauen Niedriglöhne zahlen – sondern die Frauen, die die Frechheit besitzen, von ihrem Lohn und ihrer Rente selbstständig leben zu wollen.

In Wahrheit ist die heutige Arbeitssituation vieler Frauen die Zukunft, die sie für alle Arbeiter planen, auch für die Männer. Doch es ist schwer, Verschlechterungen für alle Arbeitenden gleichzeitig durchzusetzen. Deshalb braucht der Kapitalismus zwingend die Ungleichheit – und Ideologien und Parteien, die diese Ungleichheit rechtfertigen.

Auch deshalb hat die Arbeiterbewegung von Anfang an für Gleichberechtigung gekämpft. Sozialistische Parteien und Gewerkschaften haben als erste und einzige konsequent dafür gekämpft, dass Frauen und Männer gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen erhalten, ebenso gleiche politische Rechte. Sie waren der Überzeugung, dass Arbeiterinnen wie Arbeiter nur eine Chance haben, wenn sie zusammen kämpfen: für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung für alle.

Auch das Wahlrecht haben die Frauen in Deutschland durch diesen Kampf bekommen: durch eine Revolution der Arbeiterinnen und Arbeiter, die 1918 den Kaiser stürzten, den 1. Weltkrieg beendeten und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung errichten wollten. Und dazu gehörten gleiche Rechte für Frauen. Obwohl sie scheiterte, brachte die revolutionäre Welle, die ausgehend von Russland durch halb Europa ging, den Frauen in wenigen Jahren mehr Fortschritte als in Jahrzehnten davor und danach.

Erst als ab den 1960er Jahren die Jugend und viele Unterdrückte erneut die Gesellschaftsordnung in Frage stellten, konnten auch Frauen weltweit erneut deutlich mehr Rechte erkämpfen. Erst seit dieser Zeit darf eine Frau in Deutschland ohne Erlaubnis ihres Mannes arbeiten. Und erst seitdem darf sie selber entscheiden, ob und wann sie Kinder bekommt.

In den letzten Jahrzehnten jedoch, wo den Arbeitenden vieles Er kämpfte wieder weggenommen wird, geht es auch und besonders schnell für die Frauen in der Arbeiterklasse wieder rückwärts. Wachsende Teile der Welt verelenden oder versinken im Dauerkrieg – mit all den Folgen, die Not, Verrohung und bewaffnete Männerbanden für die Frauen haben! Und weltweit werden mit der Krise rückschrittliche Kräfte stärker, die die Rechte der Frauen in Frage stellen.

In vielen Ländern (auch Deutschland) üben rechte, religiöse Kräfte Druck auf Ärzte und Frauen aus, die abtreiben möchten. In Argentinien haben Kirche und Behörden jetzt sogar ein 11jähriges Mädchen, das vergewaltigt wurde, an einer Abtreibung gehindert! In Italien will die rechtsextreme Regierungspartei das Recht auf Scheidung einschränken. Und reden wir gar nicht erst von den Regimen, die auf dem Nährboden von Elend und Krieg in einer Reihe Länder die Macht erobern, indem sie im Namen einer mittelalterlichen religiösen Ideologie alle und vor allem Frauen terrorisieren und ihnen alle Rechte rauben.

Der Kapitalismus, der sich in seiner tiefen Krise nur noch um den Preis wachsender Armut, Verrohung, Krieg und rückschrittlicher Regime hält, kann die Lage der Frauen nur verschlechtern. Für sie wie die gesamte Arbeiterklasse bleibt weiterhin ein Weg: sich wehren und letztlich diesem Gesellschaftssystem ein Ende setzen. Und die Frauen, die sich heute gegen ihre Entrechtung wehren, können dabei auch anderen Hoffnung und Mut geben!

## Algerien: Nach dem ersten Etappensieg gehen die Massenproteste weiter

*Der Verzicht von Präsident Bouteflika auf eine fünfte Amtszeit ist ein erster Sieg der Massenproteste in Algerien: Das Regime hoffte, damit die Proteste im Land zu beenden. Doch schon am Tag danach gingen sie weiter. Und am Freitag, den 15. März, zogen erneut Hunderttausende durch die Straßen.*

*In der Tat wurde zwar verkündet, dass Bouteflika nach 20 Jahren an der Macht nicht erneut kandidiert. Aber gleichzeitig wurden die Präsidentschaftswahlen, die im April stattfinden sollten, auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Plan ist wohl, dass Bouteflika lange genug an der Macht bleibt, bis sich die herrschende Clique auf einen neuen Kandidaten geeinigt hat, der dafür sorgt, dass die reichen Geschäftsleute und Politiker hinter Bouteflika weiter am Futtertrog der Macht bleiben.*

*Vielen Demonstranten ist bewusst, dass es nichts bringt, nur den Mann an der Spitze auszutauschen. Einer der beliebtesten Slogans ist: „System, hau ab!“ Was meinen sie damit? Das politische System, das wirtschaftliche System? Die Hoffnungen und Ziele sind sehr unterschiedlich, je nachdem, welche gesellschaftliche und politische Gruppe die Forderung stellt.*

*Welche Perspektive gibt es in diesem Kampf für die arbeitende Bevölkerung? Wir veröffentlichen hierzu Auszüge aus Artikeln unserer französischen Genossen von Lutte Ouvrière vom 13.3.2019.*

Noch nie haben so viele Algerier, insbesondere Frauen, ihre Wut herausgeschrien wie am 8. März, dem dritten Freitag, an dem die Massen ihre Wut auf die Straße getragen haben. Die Bevölkerung konnte das Schauspiel nicht mehr ertragen, dass ein alter Mann, der seit seinem Schlaganfall zu Nichts mehr in der Lage ist, an der Spitze des Staates gehalten wird, damit sich hinter den Kulissen die reichen Geschäftemacher aus seinem Umfeld weiter die Reichtümer des Landes unter den Nagel reißen können.

Alle Generationen sind auf die Straße gegangen, ganze Familien und besonders viele junge Leute, Studenten und junge Arbeiter: sowohl diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben als auch die vielen, die eine Arbeit suchen. Sie alle sind empört über das „schlechte Leben“, wie sie es ausdrücken. Der Mindestlohn liegt bei 130 Euro monatlich,

und viele verdienen noch weniger – während alles teurer wird. Unsichere Jobs sind die Regel. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jung und ein Drittel von ihnen ist arbeitslos. In der Hoffnung auf ein besseres Leben versuchen immer mehr, das Mittelmeer zu überqueren und riskieren dabei ihr Leben.

Das Land ist reich an Erdöl und Erdgas, doch der Öffentliche Dienst wird immer schlechter, die Schulen sind überfüllt und die Krankenhäuser dem Verfall preisgegeben. Letzten Sommer grassierte die Armutskrankheit Cholera. Gleichzeitig reißen sich die Geschäftsleute die Einnahmen aus Öl, Gas, dem Bausektor oder dem Import-Exporthandel unter den Nagel. Ausländische Kapitalisten wie Renault oder Total sind bei der Plünderung vorne mit dabei, angelockt von den Rohstoffen und günstigen Arbeitskräften.



Mit dem Verzicht auf Bouteflika und der Verschiebung der Wahlen versucht das Regime die Proteste zu beenden und dafür zu sorgen, dass ein Jüngerer aus der herrschenden Clique dessen Position einnehmen kann. Das würde darauf hinauslaufen, dass sich jenseits der Fassade... gar nichts ändert.

Man denke nur an die tunesischen und ägyptischen Aufstände 2011, die so große Hoffnungen geweckt haben! Viele Beteiligte haben dabei ihr Leben gelassen. Aber die Hoffnungen der einfachen Bevölkerung in beiden Ländern wurden verraten. Die Reichen haben ihre Macht behalten. In Ägypten hat ein neuer Diktator den Platz seines Vorgängers eingenommen.

In Algerien kann die Armee jetzt eine Gefahr darstellen. In der Vergangenheit hat sie bereits bewiesen, dass sie zu schlimmsten Massakern fähig ist. So im Oktober 1988, als Jugendliche aus den Arbeitervierteln protestierten und Hunderte von der Armee getötet wurden.

Hinter der Einigkeit der Demonstranten, hinter ihrem gemeinsamen Ruf „Bouteflika, hau ab“ verbergen sich außerdem entgegengesetzte Interessen. Die Mehrheit von ihnen möchte einfach eine Arbeit haben und würdevoll leben können. Doch da gibt es auch die Kapitalisten, wie Issad Rebrab oder der algerisch-französische Unternehmer Rachid Nakkaz, die hoffen, bei einem Machtwechsel an der Staatsspitze selber mehr vom Kuchen abzubekommen. Jeder dieser „Oppositionellen“ bringt derzeit seinen Kandidaten für die Nachfolge Bouteflikas in Stellung. Schon tobt also der Kampf um die Plätze an der Staatsspitze.

Und es ist kein Zufall, dass sich diese „Oppositionellen“ quasi ausnahmslos gegen die Streiks ausgesprochen haben, die in zahlreichen Betrieben begonnen haben – und auch gegen den Generalstreik vom 11. März. Sie behaupten, dies würde die „Einheit“ im Kampf gegen Bouteflika in Gefahr bringen. Genauer gesagt: Sie machen Druck, damit die Arbeiter ja nicht auch für soziale Veränderungen, für eine konkrete Verbesserung ihres Lebens zu kämpfen anfangen, angefangen bei höheren Löhnen – Forderungen, die sich damit gegen alle (inländischen und ausländischen) Kapitalisten richten.

Genau darin aber liegt die Hoffnung und Chance der Bewegung. Nur die junge und zahlreiche Arbeiterklasse Algeriens kann – wenn sie anfängt, für ihre Klasseninteressen zu kämpfen – der tiefen sozialen Unzufriedenheit, die sich in den Protesten ausdrückt, eine wirkliche Perspektive bieten.

Ansonsten ist die Gefahr groß, dass selbst die demokratischen Forderungen nicht erfüllt werden. Und welche Veränderung würde ein neuer starker Mann, der genauso herablassend sein wird wie die herrschende Clique, den jungen Arbeitslosen, den Armen bringen?

Es bleibt also zu hoffen, dass die Proteste weitergehen werden. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich auch gegen diejenigen richten werden, die alle von der arbeitenden Bevölkerung geschaffenen Reichtümer für sich beanspruchen. Ganz nach dem Motto vieler Demonstranten, die riefen: „Sie haben die Millionen, wir sind die Millionen“. Ja, die Millionen Unterdrückten müssen die Millionenäre ins Visier nehmen!

## Klimawandel: Schülerproteste gehen weiter

Am 15. März haben in 120 Ländern Schülerinnen und Schüler für mehr Klimaschutz gestreikt. Es ist der bisherige Höhepunkt der Proteste „Fridays for future“, die schon seit vielen Wochen stattfinden.

Auch in Deutschland gehen jeden Freitag tausende Schüler auf die Straße. Weil sie nach fast zwei Monaten weitermachen und sich auch nicht von Schulleitungen und mehreren Landesregierungen abhalten lassen, die ihnen mit schlechteren Noten drohten oder damit, die „Schulschwänzer“ (!) mit der Polizei abzuholen, haben ihre Proteste immer mehr Beachtung bekommen.

Die engagierten Schüler sind zu Recht empört darüber, dass alle Regierungen immer nur reden und reden – aber nichts Ernsthaftes gegen die drohende Klima-

katastrophe unternehmen, deren erste Folgen bereits spürbar sind. Denn keine Regierung ist bereit, ernsthaft die Profitinteressen und die Entscheidungsgewalt der Konzerne in Frage zu stellen. Die jedoch sind das größte Hindernis auf dem Weg zum Klimaschutz.

Ein Spruch der Schüler lautet: „Wir müssen das System ändern, nicht das Klima!“

Ja, um auf Dauer auf diesem Planeten leben zu können, ist es dringend notwendig, den Kapitalisten, der herrschenden Klasse die Macht

über Wirtschaft und Gesellschaft wegzunehmen und die Wirtschaft grundlegend anders, nämlich im Sinne der Interessen der gesamten Menschheit zu organisieren.



## Wir Arbeiter brauchen nicht mehr Europa oder mehr Nationalstaat, sondern mehr Klassenkampf

CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer hat mit ihrer Antwort auf den französischen Präsident Macron in Deutschland den Europawahlkampf eröffnet. Nachdem Macron in einem Pamphlet gefordert hatte, der EU etwas mehr Entscheidungsbefugnisse zu geben, hat sie die Stärkung der Nationalstaaten gepriesen. Alle anderen Parteien haben sich entweder hinter Macron oder hinter Kramp-Karrenbauer gestellt und so das zentrale Thema des Europawahlkampfes gesetzt.

CDU, CSU und erst recht die AfD versuchen uns weiszumachen, dass die EU nicht zu mächtig werden dürfe, weil der deutsche Staat besser die Interessen der Menschen in Deutschland schützen würde.

Ach ja? Wo hat denn der deutsche Staat die Interessen der Arbeiter in Deutschland geschützt? Als die Regierung die Ausweitung von Leiharbeit und Minijobs, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und die Einführung von HartzIV beschlossen hat? Als sie die Rente mit 67 beschlossen hat – oder die Privatisierung vieler Krankenhäuser und Wohnungsgesellschaften?

Die einzigen Interessen, die der deutsche Staat schützt, sind die des deutschen Kapitals.

Wo der Nationalismus und die Illusion, der eigene Staat schütze einen besser, hinführen, davon kann die Bevölkerung Großbritanniens derzeit ein bitteres Lied singen.

Doch auch denjenigen, die wie SPD und Grüne für „mehr“ Europa werben, geht es ausschließlich um die Interessen der Kapitalisten. Es ist nur ein anderer Weg, die Interessen der Konzerne zu verteidigen – angefangen bei den mächtigsten unter ihnen, den deutschen und französischen Konzernen.

Zwar wirbt SPD für einen „europäischen Mindestlohn“. Damit meint sie aber nur einen einheitlichen Prozentsatz: In jedem EU-Land solle der Mindestlohn zum Beispiel 50% des Durchschnittslohns betragen. Das wären in Bulgarien 260, in Luxemburg 2.000 Euro. Die Löhne bleiben damit also genauso ungleich, und die Arbeiter in Rumänien oder Bulgarien genauso arm wie heute auch!

In einem Punkt sind sich diese Verfechter des „mehr“ und des „weniger“ Europa übrigens alle einig: Dass man an den Außengrenzen Europas noch mehr Polizei, noch gefährlichere Zäune und noch mehr Abschottung brauchen würde – auch wenn dafür tausende Menschen auf ihrer Flucht nach Europa dann im Mittelmeer ertrinken.

Der deutsche Staat und die EU schützen beide die Interessen der Kapitalisten. Vor diesem Hintergrund sind beide gleichermaßen Feinde der Arbeitenden. Die Arbeitenden der anderen Länder hingegen sind unsere Verbündeten. Die meisten Firmen, für die wir arbeiten, haben auch Betriebe in anderen EU-Ländern. Überall haben wir Arbeitenden die gleichen Interessen und müssen sie gegen die Profitgier der Kapitalisten verteidigen. Und je zahlreicher wir dies tun, je mehr wir dabei zusammenhalten, desto stärker können wir sein. Und eben dafür sind Nationalismus und wiederentstehende Grenzen eine echte Gefahr.

Deshalb: Nieder mit der Festung Europa! Es lebe das Europa der Arbeiter!

### Glyphosat: Ein Beispiel, wie Nationalstaat und EU die Konzerninteressen schützen

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat, das von Monsanto (mittlerweile Bayer) hergestellt wird, steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Trotzdem hat die EU mit der Stimme der deutschen Regierung seinen Einsatz Ende 2017 erneut erlaubt. Als Grundlage dafür diente ein „Gutachten“ des staatlichen deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung. Das jedoch hat sich nicht etwa auf unabhängige Studien gestützt, sondern schlichtweg wortwörtlich die von Monsanto selber durchgeführten Studien abgeschrieben. Klar, dass Monsanto selber nur Studien veröffentlicht, die ihren Verkaufsschlager als risikofrei darstellen!

Ein kleines, anschauliches Beispiel dafür, wie der deutsche Staat und die EU beide und gemeinsam die Interessen der Konzerne schützen... und nicht die der Menschen.

## Kindesmissbrauch in der Kirche: Das Gebot des Schweigens

Über Jahrzehnte wurde systematisch und weltweit jeder Fall von Missbrauch an Kindern, Priesterschülern und auch Nonnen von den höchsten Würdenträgern der katholischen Kirche vertuscht (wenn sie nicht sogar selbst zu den Tätern gehörten)... mit dem Ergebnis, dass viele Täter über Jahre hinweg weitermachen konnten.

Erst nachdem tausende Opfer sich getraut haben, ihre traumatischen Erlebnisse öffentlich zu machen, war der Vatikan gezwungen, dies zumindest zuzugeben und einzelne Täter der Justiz zu übergeben. Doch grundsätzlich ändert sich nichts. Noch immer versucht der Vatikan zum Beispiel, einen Spielfilm zu diesem Thema verbieten zu lassen.

Der Klerus ist eine eingeschworene, disziplinierte Männergemein-

schaft. Erst nach einer langen Ausbildung wird man in ihn aufgenommen. Von da an trägt man Uniform und schuldet seinem Bischof und dem Papst, der einen jederzeit befördern, versetzen oder bestrafen kann, bedingungslosen Gehorsam.

Bis heute verweigert der Klerus die Einmischung der staatlichen Justiz in ihre Angelegenheiten. Die Priester müssen



Priesterweihe: das Aufnahme-ritual in den Klerus

nur ihrem kirchlichen Vorgesetzten gegenüber Rechenschaft ablegen.

Die Dreistigkeit, mit der viele Kleriker ihre „Schützlinge“ missbraucht haben, ist vergleichbar mit allen Fällen, wo Menschen Macht über andere haben oder meinen, sie stünden über dem Gesetz. Die Tatsache, dass sie so lange von der Kirche gedeckt wurden, ist charakteristisch für eine Sekte – auch wenn sie hunderte Millionen Mitglieder zählt. Und die hohe Zahl der Opfer liegt nicht zuletzt an der großen Zahl an Kindern, die der katholischen Kirche anvertraut werden.

Diese Schandtaten hindern die kirchlichen „Würdenträger“ nicht daran, den ganzen Welt Moral zu predigen, sich als Fachmänner in Fragen der Kindererziehung aufzuspielen und zu diktieren, was im Liebesleben, in Fragen der Verhütung oder Fortpflanzung moralisch geboten sei.

Und auch die „gute Gesellschaft“ und die Regierung erweisen der Kirche weiterhin ihre Ehre und erklären sie zu einer wichtigen Instanz in Fragen von Ethik und Moral. Dies spricht Bände, über die einen wie die anderen.

### VW: Sie kriegen den Hals nicht voll

14.000 Arbeitsplätze hat VW seit 2016 bereits vernichtet. Nun wollen sie mit einem neuen Sparprogramm noch einmal 5-7.000 Arbeitsplätze „einsparen“, wie sie es nennen. Hinzu kommen bis zu 14.000 Arbeitsplätze, die bei der VW-Tochter Audi vernichtet werden sollen.

Zehntausende Arbeitsplätze, die für die junge Generation fehlen! Und noch mehr Stress für alle übrigen: noch mehr Arbeiter, deren Rücken oder Schultern schon nach wenigen Jahren dauerhaft geschädigt sind; noch mehr Arbeitende, die unter dem Stress zusammenbrechen. Und warum? Weil VW, so die offizielle Begründung, „Geld für Investitionen“ zum Beispiel in die Elektrotechnologie brauche.

Als ob es ihnen an Geld fehlen würde! Selbst nach Abzug aller Ausgaben für den Diesel-Betrug (Schadensersatz, Umrüstungen...) hat der VW-Konzern noch immer einen Reingewinn von 4,6 Milliarden Euro gemacht, 6% mehr als im letzten Jahr. Doch diese Gewinne sollen zum großen Teil an die Aktionäre ausgeschüttet werden – allen voran an die größten Aktionäre, die Familien Porsche und Piëch.

Und nachdem die Arbeiter mit ihrem Schweiß und ihren Knochen die Gewinne produziert haben, die sich diese Kapitalisten einverleiben, sollen nun tausende von ihren Arbeitsplätzen vernichtet werden. Getreu dem Motto: „Die Entlassungen von heute sind die Gewinne von morgen.“

### Für ihre Hetze ist ihnen keine Lüge zu dreckig

In den letzten Wochen haben die Medien wieder einmal ganz bewusst die Tatsachen verdreht: Lautstark wurde darüber spekuliert, dass unter den Flüchtlingen bis zu 5.000 Kriegsverbrecher wären, die in Deutschland „Unterschlupf gefunden“ hätten. Ausgangspunkt dieser Lüge war eine Information des Bundestages, dass es bei den Flüchtlingen aus Syrien oder dem Irak 5.000 „Hinweise auf Kriegsverbrechen“ gegeben habe. Das bedeutet in Wahrheit aber, dass 5.000 Flüchtlinge angegeben haben, Opfer (!) oder Augenzeuge von Kriegsverbrechen gewesen zu sein. Insbesondere die BILD-Zeitung jedoch – und natürlich auch die AfD über ihre Medien – haben die Opfer der Kriegsverbrechen in ihrer Berichterstattung zu Tätern gemacht!

Nach einigen Tagen wurde das Ganze halbherzig aufgeklärt. Aber die ersten Schlagzeilen werden hängenbleiben. Und genau darum geht es diesen Leuten. Sie wollen mit allen Mitteln das Gefühl erzeugen, alle Flüchtlinge wären potenziell gefährlich und Verbrecher – statt diejenigen ins Visier zu nehmen, die den Krieg und den Horror zu verantworten haben, vor dem die Menschen geflohen sind... angefangen bei den deutschen Konzernen, die den Kriegsverbrechern die Waffen liefern.

### 12-Stunden-Tage sind keine Zukunft

12 bis 16-Stunden-Tage, für Stundenlöhne von 4,50 - 6 Euro: Das sind die Arbeitsbedingungen vieler Paketboten, die für die Subfirma einer Subfirma von Hermes, DPD und Co. arbeiten. Viele sind Flüchtlinge oder Migrantinnen aus Osteuropa, die keine andere Stelle finden. Diese Notlagen nutzen die Subfirmen gnadenlos aus, woran am Ende vor allem die großen Paketdienstleister verdienen.

Noch vor 30 Jahren waren die Paketboten Beamte, mit sicherem Arbeitsplatz und Lohn. Und heute? Die Kapitalisten nennen das eine „Zukunftsbranche“. Unsere Zukunft ist das nicht!

### Wollen Sie uns erreichen?

#### DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:  
für 13 € pro Jahr!